

Ludwig, Udo

Article
Editorial

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Ludwig, Udo (2006) : Editorial, Wirtschaft im Wandel, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 12, Iss. 5, pp. 134-134

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/143466>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Editorial

Der gute Zweck heiligt nicht jedes Mittel!

Nun hat sie der Bundestag mit großer Mehrheit doch beschlossen: die größte Steuererhöhung seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Im Jahr 2007 sollen mit der Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer 23 Milliarden Euro zusätzlich in die öffentlichen Kassen fließen. Die zulässige Obergrenze der Defizitquote von 3% wird damit deutlich unterboten werden. Soweit so gut?

Der öffentliche Schuldenstand hat sich von Jahr zu Jahr erhöht und beträgt inzwischen zwei Drittel des jährlich geschaffenen Sozialprodukts. Die Kumulation der Schulden muß zweifelsohne gestoppt werden. Dies liegt nicht nur im Interesse der jüngeren Generationen, sondern ist auch ein Gebot zur Erhaltung der Attraktivität des Standortes Deutschland. Aber die Gestaltung der Zukunft bedarf auch des Einsatzes finanzieller Mittel zur Modernisierung der Infrastruktur, für Bildung und Wissenschaft und nicht zuletzt zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Also doch mehr Ausgaben, die durch mehr Einnahmen gedeckt werden müssen, soll die Schuldenspirale durchbrochen werden. Nein!

Die Wirtschaftsforschungsinstitute – und nicht nur sie – fordern seit Jahren, die notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte von der Ausgabenseite anzugehen. Sparen darf dabei kein Selbstzweck sein, sondern muß an den Stellen erfolgen, an denen Ausgabenkürzungen nicht wachstumsschädlich sind. Dazu hatte 2003 der jetzige Bundesfinanzminister zusammen mit seinem früheren Ministerpräsidentenkollegen aus Hessen eine Streichliste vorgelegt. Ein Teil der dort vorgeschlagenen Kürzungen von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen, wie z. B. die Abschaffung der Eigenheimzulage und die Kürzung der Pendlerpauschale, wurde bereits umgesetzt. Der große Rest harret noch seiner Realisierung. Genügend Einsparmöglichkeiten gibt es auch im Bereich der Arbeitsmarktpolitik. Man denke nur an die vermeidbare Kostenexplosion im Rahmen von Hartz IV.

Die Bundesregierung hat sich jedoch für eine Sanierung der öffentlichen Haushalte über die Einnahmenseite entschieden. Höhere Mehrwertsteuern bedeuten höhere Preise und eine Senkung der Realeinkommen der Verbraucher. Diese Steueranhebung schmälert langfristig die Absatzaussichten der Unternehmen im Inland und damit das Wachstumspotential. Zwar hält die Regierung durch die Senkung der Beitragssätze für die Arbeitslosenversicherung dagegen. Deren Wirkung auf Einkommen und Lohnnebenkosten bleibt jedoch per saldo gering, zumal mittelfristig die Beiträge zur Kranken- und zur Rentenversicherung angehoben werden dürften. Die Wachstumskräfte werden letztlich geschwächt.

Steuererhöhungen mögen kurzfristig zur Sanierung der öffentlichen Haushalte beitragen. Langfristig schaden sie dem Verbraucher und der Wirtschaft. Der Zweck heiligt nicht die Mittel.

*Udo Ludwig
Leiter der Abteilung Makroökonomik*